

Prävention von linker Militanz und Linksextremismus

Systematische Übersicht und Erkenntnisse zur Evaluation

Marcus Kober

Gewalttätige Ausschreitungen bei Großereignissen wie dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg werfen die Frage auf, ob Gefahren durch den Linksextremismus bzw. linke Militanz unterschätzt wurden. Der Staat misst der Extremismusprävention seit einigen Jahren eine hohe Bedeutung bei und fördert seit 1992 entsprechende Programme und Maßnahmen.

Deren Anzahl ist im Bereich des Linksextremismus deutlich geringer als in anderen Extremismusbereichen.

Zu keinem Projekt der Linksextremismusprävention liegt ein öffentlich zugänglicher Evaluationsbericht vor. Das NZK ist dennoch der Frage nachgegangen, ob die vorhandenen Informationen aus Programmevaluationen sowie parlamentarischen Anfragen Rückschlüsse auf die Präventionspraxis, ihre Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten zulassen. In einer Anfang 2019 veröffentlichten Forschungssynthese sind die Ergebnisse und Empfehlungen präsentiert (beim NZK als Download oder Druckstück erhältlich). Nachfolgender Artikel fasst die wesentlichen Inhalte zusammen.



muss eingehender untersucht werden, welchen Anteil das polizeiliche Einsatzkonzept sowie das taktische Vorgehen der Polizei auf den Verlauf der Demonstrationen und die eskalierende Gewalt gehabt haben (Haunss et al. 2017, S. 30). Wissenschaftler resümieren, dass die gewaltsame Eskalation anlässlich des G20-Gipfels nicht unmittelbar auf strategische Kalküle zurückzuführen sei, sondern interpretieren die Geschehnisse als wechselseitige Eskalationen von Demonstranten und Polizei, die grundsätzlich hätten vermieden werden können (Ullrich 2018, S. 79).

Dennoch stellt sich die Frage, ob angesichts der Relevanz, die in den letzten Jahren der Bekämpfung des rechten und religiös motivierten Extremismus beigemessen wurde, Gefahren durch den Linksextremismus und linke Militanz in Deutschland möglicherweise unterschätzt wurden.

Während über Parteigrenzen hinweg Einigkeit über die Notwendigkeit einer entschlossenen Strafverfolgung besteht, werden der Bedarf und die

Militante Gewalt begründet Handlungsbedarf

Anlässlich des G20-Gipfels im Juli 2017 kam es in Hamburg zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die Nachrichten waren geprägt von Bildern, die Stein- und Flaschenwürfe auf Polizisten, Schneisen der Verwüstung entlang ganzer Straßenzüge, brennende Fahrzeuge und Plünderungen von Ladenlokalen zeigten. Ähnlich wie dies bereits im März 2015 bei Protesten gegen die Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank in Frankfurt der Fall gewesen ist, hat die Brutalität dieser Bilder eine öffentliche Diskussion über die Gefährlichkeit des Linksextremismus ausgelöst. Befragungen von Demonstrationsteilnehmern weisen darauf hin, dass diese deutliche

Kritik am kapitalistischen System formulieren, mehrheitlich jedoch keine demokratiefeindlichen Einstellungen vertreten. Dies gilt auch für solche Teilnehmer, die angaben, radikaleren Gruppen des linken Spektrums nahezustehen (Scharf 2018 S. 40).

Es zeichnet sich ab, dass aufseite der Gipfelgegner sogenannte (Post-) Autonome für einen großen Anteil der begangenen Straftaten verantwortlich gewesen sind. Den Autonomen scheint es zudem gelungen zu sein, eine hohe Anzahl mehr oder weniger unpolitischer Trittbrettfahrer zu mobilisieren (Pfahl-Traughber 2017). Doch bedarf es weiterer Analysen, um die vielfältigen Konflikt dynamiken zu erklären, die zur Eskalation der Gewalt beigetragen haben. Unter anderem



© Sina

© Sina

© MacX

Erfolgsaussichten präventiver Ansätze in diesem Bereich des politischen Extremismus unterschiedlich eingeschätzt. Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie stärken“ etwa kommt in ihrem Abschlussbericht zu dem Ergebnis, dass der Bedarf für einen flächendeckenden Programmbereich zur Prävention von Linksextremismus im Jugendalter (bezogen auf das Jahr 2014, S. 142). Im Gegensatz dazu sieht etwa Siewert (2018, S. 7) linksextremistische Gewalt als ein nicht zu vernachlässigendes Phänomen an und fordert daher ausreichende Kapazitäten für die Präventions- und Bildungsarbeit auf Bundes- und Länderebene zur Verfügung zu stellen, da es in diesem Bereich bisher an politischer Anerkennung und Rückendeckung fehle.

Extremismus und Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Vor der Konzeption jeder präventiven Maßnahme sollte eine Begründung stehen, die ein definierbares Problem oder ein Anliegen beinhaltet und präventives Handeln rechtfertigt (Beelmann 2013, S. 359). Es bedarf insofern der Definition eines Problems, dessen Ausmaß und Qualitäten beschrieben werden können. Wie im Folgenden skizziert wird, bereitet beides im Fall des Linksextremismus Schwierigkeiten.

Der Begriff „Linksextremismus“ findet umgangssprachlich, bei Verfassungsschutz- und Sicherheitsbehörden ebenso Verwendung wie in den Medien und in Teilen der Wissenschaft, doch ist er in hohem Maße umstritten. Der Versuch einer Bestimmung führt in der Wissenschaft wie auch in der öffentlichen Diskussion regelmäßig zu ausgiebigen Disputen, die eine Auseinandersetzung mit diesem gesellschaftlichen Phänomen bereits im Grundsatz erschweren.

Eine politikwissenschaftlich orientierte Definition des Begriffs Linksextremismus lautet, dass es sich dabei um eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Bestrebungen handelt, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen (Pfahl-Traughber 2014a S. 23).

Neben einer solchen, besonders auf die Verfassungsfeindlichkeit des Linksextremismus abzielenden, poli-

tikwissenschaftlichen Definition benennt eine an Uwe Backes angelehnte, sogenannte positive Extremismusdefinition folgende Merkmale, die allen extremistischen Ideologien zu eigen seien: ein geschlossenes Weltbild und dichotome Realitätswahrnehmungen (Denken in kompromisslosen Gegensatzpaaren), die Reklamation von Wahrheitsmonopolen, eine mindestens abstrakte Bereitschaft, diese auch gewaltsam umzusetzen, zudem die Konstruktion von Feindbildern sowie eine Neigung zu Verschwörungstheorien (van Hüllen 2013, S. 490).

Von der Verfassungsfeindlichkeit als zentralem Element zur Kennzeichnung von Extremismus lösen sich die Sicherheitsbehörden mit der Erfassung politisch motivierter Kriminalität in einer eigens geschaffenen Statistik. Seit 2001 werden in Deutschland begangene politische Straftaten in einer eigenen Statistik zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) erfasst. In den Bereich PMK-links fallen Straftaten,

„wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „linken“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss“ (Deutscher Bundestag 2010, S. 4).

Das Definitionssystem PMK stellt die tatalösende Motivation unabhängig vom Merkmal der Systemüberwindung in den Mittelpunkt (Ziercke 2006, S. 63). Die Erfassung löst sich vom Extremismusbegriff, weil auf diese Weise auch neue Kriminalitätsphänomene erfasst werden können, die zwar politisch motiviert, dabei jedoch nicht zwangsläufig gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Den hier nur angerissenen Definitions- und Abgrenzungsproblemen haben sich auch Bundesprogramme gestellt, die u. a. die Entwicklung von Projekten zur Vorbeugung von Linksextremismus zum Ziel hatten. Aufgrund praktischer Schwierigkeiten vieler Projektbeteiligter, ihre Zielgruppen im Themenbereich Linksextremismus hinreichend genau bestimmen zu können, wurde dieser Förderbereich im aktuellen Bundesprogramm zur Extremismusprävention „Demokratie leben!“ mit „linke Militanz“¹ betitelt.

Die Phänomene Linksextremismus & linke Militanz

Zur Beschreibung der Phänomene Linksextremismus bzw. linke Militanz lassen sich eine Einstellungs- und eine Verhaltensdimension unterscheiden. Fraglich ist daher, wie hoch der Anteil von Menschen in der Bevölkerung ist, die linksextremistische bzw. gewaltlegitimierende Meinungen und Einstellungen teilen. Fälle, in denen aus solchen Einstellungen ein entsprechendes Verhalten (z. B. die Anwendung politisch motivierter Gewalt) resultiert, kennzeichnen die Verhaltensdimension.

Um die umstrittene Frage nach dem Ausmaß des Linksextremismus besser einschätzen zu können, werden daher im Folgenden drei Indikatoren in den Blick genommen. Erstens die Anzahl der Personen, die von Sicherheitsbehörden dem Linksextremismus zugerechnet werden. Als ein weiterer Indikator zur Bewertung des Problemausmaßes werden Kriminalstatistiken, insbesondere zur politisch motivierten Kriminalität, herangezogen. Drittens werden Forschungsergebnisse zur Verbreitung linksextremistischer Einstellungen in der Bevölkerung – als Gradmesser des gesellschaftlichen Zustimmungs- und Unterstützungspotenzials – betrachtet.

Personen, die dem Linksextremismus zugerechnet werden

Das Bundesamt für Verfassungsschutz beziffert die Anzahl linksextremistischer Personen in Deutschland für das Jahr 2017 mit 29 500 (2016: 28 500), von denen wiederum 9000 (8500 im Jahr 2016) als gewaltorientiert eingeschätzt werden (van Hüllen 2018, S. 35).

Mit 7000 Personen bilden die Autonomen die mit Abstand größte Gruppe im Bereich des gewaltorientierten Linksextremismus (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

¹ Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ beschreibt mit dem Begriff der linken Militanz problematische Phänomene als Ausdruck gesellschaftlichen Protestgeschehens in der Jugendphase, die als Teil umfassenderer Protestkulturen verortet werden können. Diese ist jedoch weder durch geschlossene Weltbilder noch durch eine Gegnerschaft gegenüber der Demokratie verbundenen Organisationsstrukturen gekennzeichnet. In verschiedenen Protestbewegungen (Antifaschismus, Antikapitalismus, Antiimperialismus, Gentrifizierungskritik oder politisierten Fußballfanszenen) gebe es immer wieder Debatten um die Rolle von Gewalt und den Umgang mit politischen Gegnern und der Staatsgewalt, in deren Folge sich auch gewaltbefürwortende und militante Strömungen ausbilden (Leistner et al., 2014, S. 112).



© Jonathan Stutz

2018, S. 110). Sie üben Gewalt als Straßenmilitanz und durch klandestine Aktionen (insbesondere Brandanschläge und Farbschmierereien) aus, schrecken aber auch vor Anschlägen gegen Personen nicht zurück und nehmen zum Teil schwerste Verletzungen ihrer Opfer in Kauf. Bei den Autonomen handelt es sich um eine stark aktionsorientierte, durch einen geringen Organisationsgrad gekennzeichnete Bewegung, die sich durch einen vergleichsweise hohen Anteil jugendlicher auszeichnet und aktuell für junge Menschen die bei Weitem attraktivste linksradikale Strömung zu sein scheint (Glaser 2013, S. 7).

Die Autonomen stellen keine geschlossene Szene dar, vielmehr bestehen Übergänge in andere linke politische Strukturen und in jugendliche Subkulturen. Auch gibt es kein einheitliches „Weltbild“ der Autonomen, wobei als verbindendes Element der Konsens über Militanz als Mittel des politischen Konfliktaustrags anzusehen ist. Ferner wird das staatliche Gewaltmonopol grundsätzlich abgelehnt (Mletzko 2010, S. 10; Bergsdorf & van Hüllen 2011, S. 59). Die Rolle von Gewalt sieht van Hüllen (2012, S. 56) als zentral für das Selbstverständnis von Autonomen an. Sie werde als Mittel zur Befreiung von Zwängen angesehen, sei Bestandteil des autonomen „Feelings“ und unverzichtbarer Teil des Lebensgefühls (Lang, 2018, S. 371). Kennzeichnend für den Gewaltdiskurs der Autonomen ist, dass die Legitimität von Gewalt immer wieder infrage gestellt wird, wovon jedoch deren Anwendung gegen Polizeibeamte

und Rechtsextremisten ausdrücklich ausgenommen ist. Diese gelten als personifizierte Feindbilder, denen Menschenwürde und Grundrechte pauschal abgesprochen werden (Baron, 2012, S. 144). Selbst ausgeübte Gewalt gilt ganz selbstverständlich als Gegengewalt, mit der auf die „strukturelle“ Gewalt des Kapitalismus oder des „repressiven“ Staates sowie seiner Sicherheitsorgane reagiert wird (Gmeiner & Micus 2018, S. 32).

Linksextremistische Straftaten

Die Anzahl von Straftaten, die dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ zugerechnet werden, ist im Jahr 2017 auf einen Höchstwert seit Einrichtung der Sonderstatistik für Politisch motivierte Kriminalität gestiegen (9752). Als Teilmenge des Phänomenbereichs Politisch motivierte Kriminalität weist der Verfassungsschutz in seinen jährlichen Berichten extremistisch motivierte Straftaten aus. Dies sind Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind (BMI 2018b, S. 24). Für das Jahr 2017 wurden dieser Teilmenge 6.393 Straftaten (2016: 5230) mit linksextremistischem Hintergrund zugeordnet (BMI 2018b, S. 32).

lität gestiegen (9752). Als Teilmenge des Phänomenbereichs Politisch motivierte Kriminalität weist der Verfassungsschutz in seinen jährlichen Berichten extremistisch motivierte Straftaten aus. Dies sind Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind (BMI 2018b, S. 24). Für das Jahr 2017 wurden dieser Teilmenge 6.393 Straftaten (2016: 5230) mit linksextremistischem Hintergrund zugeordnet (BMI 2018b, S. 32).

Um die von den jeweiligen Phänomenbereichen ausgehenden Bedrohungspotentiale einschätzen zu können, reicht eine Betrachtung des Gesamtstrafatenaufkommens jedoch nicht aus. Es bedarf einer differenzierteren Berücksichtigung verschiedener Deliktbereiche, um etwa Sachbeschädigungen von Gewalt- oder Tötungsdelikten abzugrenzen.

Eine größere Aussagekraft besitzt daher die vergleichende Analyse von Gewaltdelikten in verschiedenen Extremismusbereichen. Nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) haben die Akzeptanz und Intensität von Gewalt in der linksextremistischen Szene in den letzten Jahren spürbar zugenommen (Bundesministerium des Innern 2017, S. 101).

Ein Vergleich extremistisch motivierter Gewaltdelikte der letzten neun Jahre zeigt, dass das Gewalttatenaufkommen links beinahe durchgängig über dem Gewalttatenaufkommen rechts gelegen hat. Inhaltlich sind mit den Anstiegen lin-

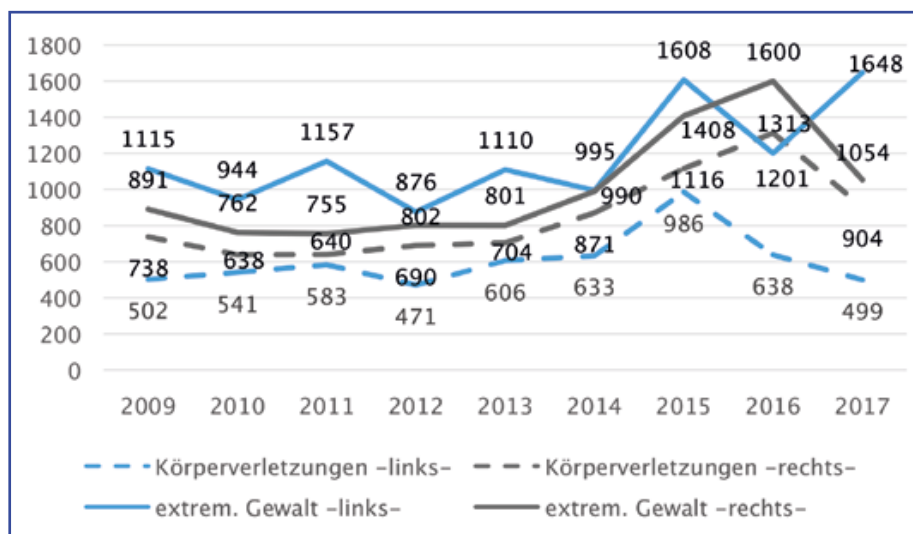


Abbildung 1: Gewaltdelikte (insgesamt) und Körperverletzungen mit links- und rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund (2009–2017)

ker Gewalttaten in den Jahren 2009, 2011, 2013 oder 2017 zumeist Großveranstaltungen oder Demonstrationen verbunden gewesen, bei denen es zur Ausübung von Gewalt insbesondere gegen Polizisten oder „gegen rechts“ gekommen ist (sog. massenmilitante Ereignisse). Zugleich illustriert Abbildung 1, dass Körperverletzungsdelikte im linken Bereich im gleichen Zeitraum kontinuierlich und zum Teil sehr deutlich unter denen im rechten Bereich lagen. Dabei ist im linken Phänomenbereich eine im Vergleich zu PMK – rechts deutlich geringere Quote von Körperverletzungen am Gesamtaufkommen der Gewalttaten festzustellen, die im linken Bereich mit einem höheren Anteil von Landfriedensbruch- und Widerstandsdelikten im Kontext von Demonstrationseignissen einhergeht (Mletzko, 2017, S. 515).

Linksextremistische Einstellungen in der Bevölkerung

Extremistische Einstellungen stellen dann eine Gefahr dar, wenn sie sich zu einem Sympathiepotenzial summieren und verdichten, hinter dem gewalttätige Extremisten Rückenbedeckung vermuten können (Jaschke 2006, S. 128). Ein weiterer Indikator für das Gefahrenpotenzial des Linksextremismus ist daher die Verbreitung entsprechender Einstellungen in der Bevölkerung.

Auf Grundlage einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung stellen Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder fest, dass

- auf Basis einer eigens entwickelten Linksextremismusskala 4 % der Befragten als Personen mit einem nahezu geschlossenen und weitere 13 % mit einem überwiegend links-extremen Welt- und Menschenbild einzustufen sind
- den Einsatz politisch motivierter Gewalt, sowohl gegen Sachen als auch gegen Personen, 7 % der Befragten, bejahen (Schroeder & Deutz-Schroeder, 2015, S. 588–589).

Die Autoren resümieren zudem, dass es Linksextremisten gelänge, mit einigen ihrer Forderungen und Ziele weite Teile der Bevölkerung zu erreichen (Schroeder & Deutz-Schroeder 2015, S. 597). Die Studie wurde kritisiert, weil sich nicht alle verwendeten Fragen als tauglich erwiesen haben, linksextreme Einstellungen zu messen (Neu & Pokorny 2018, S. 195; Herschinger et al. 2018, S. 7).

Prävention von Linksextremismus

Der Staat misst der Extremismusprävention seit einigen Jahren eine hohe Bedeutung bei, weshalb seit 1992 entsprechende Programme und Maßnahmen zur Extremismusprävention gefördert und seit 2001 auch die Demokratieförderung verstärkt in den Blick genommen wird (BMFSFJ & BMI 2016, S. 7). Aktuell werden Projekte der Extremismusprävention durch die Programme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI sowie „Demokratie leben!“ des BMFSFJ gefördert. Neben der Prävention von Rechtsextremismus sowie der Vorbeugung von islamistischer Radikalisierung fördert die Bundesregierung gezielt auch die Präventionsarbeit gegen Linksextremismus bzw. gegen „linke Militanz“ (BMFSFJ & BMI 2016, S. 12). Zentrale Elemente der geförderten Extremismusprävention im Bereich „linke Militanz“ sind pädagogische Angebote, die u. a. auf Wissensvermittlung (Information und Aufklärung) und Erfahrungslernen (Förderung von Kompetenzen) gerichtet sind (BMFSFJ & BMI 2016, S. 19). Im Rahmen der Programmförderung sollen präventiv-pädagogische Konzepte (weiter-)entwickelt und die Überführung erfolgreicher Ansätze in die Regelstrukturen unterstützt werden. Als zentrale Funktion der Bundesprogramme wird nicht die flächendeckende Bekämpfung des politischen Extremismus angesehen, sondern die beispielhafte Entwicklung und Erprobung von Konzepten, Strategien und Arbeitsformen zur Extremismusprävention und Demokratieförderung (BMFSFJ, 2017, S. 3). Basierend auf Erfahrungen aus den Vorgängerprogrammen sind diese Projekte zum Teil nicht direkt auf die eigentlichen Zielgruppen gerichtet, sondern zielen primär auf Multiplikatoren in pädagogischen Arbeitsfeldern ab. Zudem wird im aktuellen Programm mit einem phänomenübergreifenden Präventionsansatz gearbeitet, der auf alle Radikalisierungsphänomene gerichtet ist (BMFSFJ 2017, S. 38).

In einer Bestandaufnahme der Extremismus-Präventionslandschaft in Deutschland kommt das Bundeskriminalamt zu dem Ergebnis, dass von insgesamt 721 identifizierten Projekten (Stand 2014/2015) lediglich 4 % auf den Phänomenbereich Linksextremismus gerichtet waren. Von den insgesamt

25 ermittelten Projekten zum Linksextremismus befanden sich 19 in staatlicher und sechs in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft, wobei es sich in zwei Fällen um Aussteigerprogramme und ansonsten mehrheitlich um informationsvermittelnde Ansätze (z. B. in Form von Vorträgen oder Flyern) handelte (Gruber & Lützing 2017, S. 22). Daraus folgern die Autoren, dass es kaum Projekte gebe, die im direkten Kontakt mit radikalisierten Personen arbeiten. Insgesamt wirke das Angebot im Bereich der Linksextremismusprävention daher profitlos und wenig vielfältig (Gruber & Lützing 2017, S. 34). Bemerkenswert erscheint ferner der Umstand, dass einige der genannten Projekte mangels Nachfrage zum Zeitpunkt der Untersuchung noch gar nicht zur Anwendung gekommen waren und scheinbar kaum einen praktischen Anwendungsbezug aufwiesen.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Projekte nimmt der Erhebung zufolge die Prävention von Gewalt ein, wobei eher auf eine allgemeine Gewaltprävention als auf politisch motivierte Gewaltprävention abgezielt werde. Mit dieser eher unspezifischen inhaltlichen Ausrichtung solle eine Ideologiefokussierung und Etikettierung vermieden werden, um dem Eindruck entgegenzuwirken einen ideologischen Diskurs „ausfechten“ zu wollen (Gruber & Lützing 2017, S. 23).

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse zur Phänomenologie und Prävention des Linksextremismus ist das NZK der Frage nachgegangen, ob Evaluationen der Präventionsarbeit im Bereich des Linksextremismus bzw. der linken Militanz durchgeführt worden sind und welche empirisch belegten Rückschlüsse diese zulassen. In den Bereichen Linksextremismus und linke Militanz konnten jedoch keine projektbezogenen Evaluationsberichte ermittelt werden. Fragmentarische Informationen über Erfahrungen aus der Projektpraxis lassen sich daher lediglich aus nicht evaluativen Projektberichten sowie aus Programmevaluationen von Bundesprogrammen gewinnen.

Ergebnisse aus der Programmevaluation „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“

Die Bundesprogramme zur Extremismusprävention werden obligatorisch durch Programmevaluationen

begleitet. Zielsetzung dieser Evaluationen ist es, die Umsetzung der Programme vor dem Hintergrund ihrer Zielsetzungen zu begleiten, zu dokumentieren und zu bewerten sowie Entscheidungsgrundlagen für deren zukünftige Ausgestaltung zu generieren. Die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen und Präventionsansätze steht dabei nicht im Mittelpunkt des Interesses. Projektübergreifend werden Gelingensbedingungen, Probleme und Erfolgsfaktoren für verschiedene Präventionsansätze ermittelt. Ob die Präventionsangebote Einstellungen und Verhalten von teilnehmenden Personen ändern, untersuchen sie nicht.

Einen hohen Erkenntniswert haben diese Programmevaluationen im Hinblick auf grundsätzliche Merkmale, wie (Miss-)Erfolge des Feldzugangs, die Erreichung spezifischer Zielgruppen oder die programmatische Ausgestaltung von Präventionsmaßnahmen in bestimmten Handlungsfeldern (Leistner et al. 2014). Die Evaluatoren des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ heben in ihrem Evaluationsbericht insbesondere Rahmenbedingungen und Ausgangsprobleme hervor, mit denen sich Präventionsakteure im Bereich des Linksextremismus konfrontiert gesehen haben.

Sie identifizieren ein Erkenntnis- und Forschungsdefizit bei den Fragen, wann, wie und unter welchen Bedingungen sich Jugendliche politisch radikalieren. Daraus resultiere für die Präventionspraxis das Problem, Ansatzpunkte für pädagogische Maßnahmen zu identifizieren, die über reine Wissensvermittlung und Aufklärung hinausgehen (Leistner et al., 2014, S. 97; Fuhrmann et al. 2012, S. 35).

Als problematisch erweist sich der Begriff Linksextremismus zur Kennzeichnung des Handlungsfeldes. Zum einen sei der Begriff bei Präventionsakteuren auf Ablehnung gestoßen, was zu Schwierigkeiten in der Konzeption und Umsetzung entsprechender Angebote geführt habe. Zum anderen habe sich der Begriff negativ auf die öffentliche Akzeptanz von Präventionsangeboten ausgewirkt, weshalb Zielgruppenzugänge verstellt oder zumindest erschwert und Verstetigungsprozesse der Projekte in vielen Fällen gar nicht erst angedacht worden seien (Leistner et al. 2014, S. 142). Stattdessen sei von einigen Präventionsakteuren der Versuch einer Präzisierung problematischer Phänomene,

wie Militanz im Kontext von Protest und von „linksaffinen“ Jugendkulturen, vorgenommen worden.

Im Zuge des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wurde diesen Erfahrungen u. a. insofern Rechnung getragen, als dass der Programmbereich nunmehr als „linke Militanz“ betitelt wird.

Militanz in linken Szenen verstehen die Autoren als

- Ausdruck von radikaler Systemopposition und Demokratiefeindschaft,
- Folge eskalierender Konflikte zwischen politischen Gruppen,
- Folge eines situativ eskalierenden Protestgeschehens auf Demonstrationen,
- aber auch – losgelöst von politischen Zielen – ein Attraktivitätsmoment für die Teilnahme an Protestereignissen.

Diese verschiedenen Ursachen und Einflussfaktoren militanter Gewalt bieten zugleich Ansatzpunkte für die Entwicklung themen- und zielgruppenspezifischer Präventionsansätze (BMFSFJ 2014, S. 51). Situativ kann bei Demonstrationen beispielsweise eine konfliktorientierte Deeskalation Ziel von Präventionsmaßnahmen sein, in die linke Militante direkt einbezogen werden. Erprobte Deeskalationsstrategien sind zum Beispiel die Stärkung einer demokratischen Kultur in einer Gemeinde, in die alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen eingebunden werden, oder das sensible Auftreten der Polizei bei Demonstrationen und bei der Behandlung von Protestierenden (Schuhmacher 2015, S. 13).

Mit Blick auf Qualifikationsanforderungen an Präventionsakteure zeige die Erfahrung aus dem Bundesprogramm, „dass für eine gelingende gegenstandsspezifisch ausgerichtete Präventionsarbeit umfassende Szenekenntnisse, ausgeprägte inhaltliche Kenntnisse szenetypischer, teilweise intellektueller Diskurse sowie belastbare Zugänge zu den Jugendlichen notwendig sind“ (Leistner et al. 2014, S. 143).

Die Programmevaluation vermittelt zudem einen Eindruck von Inhalten und Präventionsansätzen der geförderten zehn Modellprojekte, die verschiedene methodische Ansätze und Zielsetzungen verfolgten. Im Vorfeld von Radikalisierung zielten Projekte der primären/universellen Prävention auf Wissensvermittlung, Aufklärung, Gefahrenverdeutlichung und Demokratieförderung ab. Forma-

te in diesem Bereich sind etwa Workshops, Fortbildungen oder Planspiele. Workshops richten sich an Jugendliche oder Multiplikatoren (Lehrer, Sozialarbeiter etc.) und zielen u. a. auf die Vermittlung von Wissen zu historischen oder aktuellen Beispielen des Linksextremismus oder zum Extremismusmodell ab, wodurch Teilnehmer linksextremistische Phänomene besser verstehen, einordnen und bewerten können sollen. Ebenfalls an die Allgemeinheit waren Modellprojekte gerichtet, in deren Mittelpunkt die Entwicklung von Materialien zur Wissensvermittlung oder die Durchführung organisierter Parlaments- und Gedenkstättenbesuche standen. Angeboten werden solche Projekte von zivilgesellschaftlichen Trägern oder Verfassungsschutzbehörden.

Ein Projekt der sekundären/selektiven Prävention verfolgte das Ziel, zusammen mit Kooperationspartnern einen Zugang zur Zielgruppe linksextremistisch orientierter Jugendlicher zu eröffnen. In verschiedenen Kultur- und Medienangeboten sind konkrete, möglichst lebensweltnahe Themen der Projektarbeit wie etwa Graffiti und Musik als Form der Gesellschaftskritik oder Protestformen gegen Rechtsextremismus aufgegriffen worden.

Als besonders erfolglos im Zielgruppenzugang haben sich tertiäre/indizierte Projekte erwiesen, die linksextremistische Straftäter adressiert haben. Ein zivilgesellschaftliches Projekt verfolgte beispielsweise einen konfrontierenden, verantwortungspädagogischen Ansatz, der ein Antigewalttraining in Justizvollzugsanstalten mit politischer Bildung verband. Für die Teilnahme an diesem Projekt konnte kein gewalttätig gewordener, dem linken Spektrum zuzurechnender Teilnehmer gewonnen werden. Ähnlich schwierig erweist sich die Teilnehmergewinnung im Rahmen staatlicher Ausstiegsprojekte.

Es ist festzuhalten, dass kein empirisches Wissen aus Projektevaluationen im Bereich der Prävention von Linksextremismus bzw. linker Militanz verfügbar ist. Daher können keine Aussagen dazu getroffen werden, auf welchen theoretischen Grundannahmen vorhandene Projekte beruhen, welche genauen Zielsetzungen die Projekte verfolgen und ob sie diese Ziele erreichen. Vor allem fehlt es an Wissen über die Wirksamkeit der Präventionsarbeit in diesem Präventionsfeld (Neu 2012, S. 47).

Bewertung und Empfehlungen zur Prävention von linker Militanz und Linksextremismus

Im Bereich des Extremismus sind Begriffsbestimmungen stärker als bei anderen Kriminalitätsphänomenen abhängig vom Wandel der jeweiligen staatlichen und gesellschaftlichen Interessen und Rechtsgutbewertungen (Ziercke 2006, S. 61–62). Was gesellschaftlich toleriert oder zum Gegenstand der Prävention gemacht wird, ist mit Blick auf Extremisten in besonderem Maße von gesellschaftlichen Diskursen abhängig. In diesem Licht erscheinen die zu beobachtenden Unterschiede in der Bewertung der Gefährlichkeitspotenziale des Linksextremismus bzw. linker Militanz weniger überraschend. Aus Sicht der militanten Linken erwachsen gesellschaftliche Missstände aus dem Kapitalismus, dem Faschismus, der Globalisierung oder der Gentrifizierung. Einige Positionen der extremen Linken überlagern sich mit Sorgen, die in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet sind. Dazu gehören ein ungezügelter Finanzsystem, ungerechte weltweite Wirtschaftsbeziehungen, steigende Mieten in den Städten sowie eine zunehmende Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen in der Bevölkerung. Einzelne Standpunkte der extremen Linken erschei-

nen daher Teilen der Bevölkerung verständlich und weniger bedrohlich.

Dennoch ist Prävention aufgrund von links-militanten Straftaten, insbesondere bei Demonstrationen und Großereignissen, erforderlich. Wenn Personen aus politischen Gründen Gewalt tolerieren, befürworten oder ausüben, sind sie potenzielle Adressaten von Kriminalprävention. Trotz dieser Notwendigkeit ist die Anzahl der bisher realisierten Präventionsangebote im Bereich linker Militanz/Linksextremismus vergleichsweise gering und sollte daher ausgebaut und konkretisiert werden.

Auch wenn zu den Radikalisierungsursachen im Bereich linker Militanz bisher deutlich weniger empirische Erkenntnisse vorliegen, als dies in den Bereichen des rechten und islamistischen Extremismus der Fall ist, spricht vieles dafür, dass gerade in der universellen Prävention phänomenübergreifende Angebote zielführend sind. Ziel ist es, die gesellschaftliche Resilienz durch politische und kulturelle Bildungsarbeit zu stärken (Herschinger 2018, S. 24). Inhaltlich stellt sich in diesem Präventionsbereich ungeachtet der extremistischen Ausprägung u. a. die Aufgabe, das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie und das politische System wieder zu stärken (Baier 2018, S. 52). Zugleich besteht ein großer Vorteil eines phänomenübergreifenden Präventionsansatzes

darin, dass die Gefahr einer Stigmatisierung reduziert wird (Weilnböck & Uhlmann 2018). Dies kann sich zudem positiv auf die Bereitschaft von Trägern auswirken, entsprechende Präventionsangebote zu konzipieren, ohne dabei deren angestammte Zielgruppen zu brüskieren. Andererseits läuft ein phänomenübergreifender Ansatz Gefahr, szenespezifische Radikalisierungsursachen aus dem Blick zu verlieren. Auf ergänzende phänomenspezifische Ansätze wird daher auch in Zukunft nicht zu verzichten sein.

Grundsätzlich wird in diesem Bereich die interessierte Zivilgesellschaft mit außerschulischen Bildungsangeboten adressiert, wobei sich etwa Informations-, Sensibilisierungs- und Aktivierungsformate oder Maßnahmen zur Demokratieförderung anbieten. Konzeptionell und methodisch kann diesbezüglich auf Erfahrungen in der Rechtsextremismusprävention zurückgegriffen werden (van Hüllen 2013, S. 503).

Auf Gruppen mit einer Affinität zu linker Militanz/zum Linksextremismus sollten sekundäre/selektive Präventionsprojekte abzielen, die, in höherem Maße als bisher, lebensweltbezogene, d. h. an zentralen Problemen der Zielgruppe orientierte Ansätze realisieren (Lützing & Gruber, 2017, S. 21). Inhaltlich geht es dabei insbesondere darum, Ursachen und Folgen gewalttätiger Auseinandersetzungen zu erläutern (Srowig, 2018, S. 23) sowie die

Anwendung von Gewalt bzw. die Bedeutung des staatlichen Gewaltmonopols zu problematisieren (van Hüllen 2013, S. 502; Lützing & Gruber 2017, S. 22). Wie dargestellt wurde, steht die Prävention von Linksextremismus und linker Militanz insbesondere vor dem Problem, ihre Zielgruppen zu erreichen. Dies gilt vor allem für Angebote der selektiven und indizierten Prävention, für Maßnahmen also, die an besonders gefährdete oder bereits straffällig gewordene Personen gerichtet sind. Es ist wenig verwunderlich, dass diejenigen, die zum Objekt von Prävention gemacht werden sollen, dies nicht von sich aus begrüßen. Doch gilt dies für viele Bereiche der Prävention, in denen täterorientiert gearbeitet wird. Daher müssen, wie in anderen Präventionsfeldern auch, Anreize geschaffen und vermittelt werden, die eine Teilnahme für die Zielgruppe attraktiv machen. Attraktivitätsmomente des Extremismus, wie Protest, Selbstinszenierung, Zugehörigkeit zu einer Avantgarde, Bekleidungs- und Sprachcodes, Männlichkeit und Kriegerethik, das Ausleben von Machtfantasien sowie Gemeinschaftserleben müssen reflektiert und bei der Ausgestaltung vergleichbar attraktiver Gegenangebote berücksichtigt werden (Baier 2018, S. 22).

Linke Militanz manifestiert sich zu meist in Konfrontationsgewalt bei Demonstrationen und Großereignissen. Sekundäre Prävention sollte daher ursachenorientiert gezielt auf die Deeskalation solcher Situationen abzielen.

Aussteigerprogramme, die der tertiären/indizierten Prävention zugeordnet werden, waren in der Vergangenheit nicht so erfolgreich wie im Bereich des Rechtsextremismus. Nach Hinweisen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes zum Aussteigerprogramm „left“, kann es jedoch gelingen die Zielgruppe zu erreichen. Ein Gelingensfaktor ist eine gute Vernetzung mit Akteuren der Justiz, Polizei und aus den zivilgesellschaftlichen Hilfesystemen. Pragmatische Angebote zur Bewältigung mitunter multipler Problemlagen (Arbeits- oder Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen etc.) und die proaktive Ansprache von Personen erleichtern den Zugang zur Zielgruppe und den Aufbau einer Vertrauensbasis, die für eine Loslösung und Distanzierung von extremistischen Szenen förderlich ist. Mit Blick auf spezifische Zielgruppen (wie etwa Mitglieder der kurdischen Arbeiterpartei PKK) erleichtern (bio-

grafische) Erfahrungen der Migrations- und Sozialisationsbedingungen sowie Sprachkenntnisse den Zugang und die Kontaktaufnahme.

Generell müssen Präventionsprojekte, viel konkreter als dies bisher der Fall ist, ihre Ziele benennen. Worauf genau zielen die Maßnahmen ab? Sollen Einstellungen oder Verhaltensweisen verändert werden? Woran kann eine Einstellungsänderung festgestellt werden? Ab welchem Punkt kann von einem Erfolg einer Präventionsmaßnahme gesprochen werden? Eine solche Präzisierung von Präventionszielen ist erforderlich, um Aussagen über die Wirksamkeit von Präventionsansätzen treffen zu können. Vor allem aber ist die Benennung konkreter Zielsetzungen eine grundsätzliche Legitimationsvoraussetzung für Prävention.

Marcus Kober ist Mitarbeiter bei der Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention in Bonn
Kontakt: marcus.kober@bmi.bund.de

Literatur

- Baier, D. (2018). Gutachten für den 23. Deutschen Präventionstag am 11. & 12. Juni 2018 in Dresden. In Kerner, H.-J., & Marks, E. (Hrsg.). *Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages*. Dresden.
- Baron, U. (2012a). Linksautonome auf dem Weg zum Linksextremismus. Das Gefahrenpotential einer neuen Form sozialrevolutionärer Gewalt. In Pfahl-Traugber, A. (Hrsg.). *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2012 (III)*. Brühl.: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.
- Beelmann, A. (2013). Zur Konstruktion, Entwicklung und Überprüfung von Interventionsmaßnahmen: Ein Modell zur Evidenzbasierung präventiver Handlungsstrategien. In Marks, E., Steffen, W. (Hrsg.). *Mehr Prävention – weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 22. und 23. April 2013 in Bielefeld* (S. 357–366). Godesberg: Forum Verlag.
- Bergsdorf, H., van Hüllen (2011). *Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?* Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Bundesministerium des Innern (2018). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2017. Bundesweite Fallzahlen*. Berlin.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.). (2018b). *Verfassungsschutzbericht 2017*. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.). (2017). *Verfassungsschutzbericht 2016*. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.). (2017). *Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention*. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) & Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.). (2016). *Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung*. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.). (2014). *Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“*. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2010). *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Wolfgang Neskovic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE*. Drucksache 17/1928.
- Fuhrmann, M., Johansson, S., & Schau, K. (2012). *Kurzbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ für den Berichtszeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011*. München.
- Glaser, M. (2013). „Linke“ Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen. In Schultens, R., Glaser, M. (Hrsg.). *„Linke“ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen* (S. 4–21). Halle: Deutsches Jugendinstitut.
- Gmeiner, J., Micus, M. (2018). Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen. In Institut für Demokratieforschung. *Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle*

- zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEX) 2–18. Göttingen.
- Gruber, F., Lützing, S. (2017). Extremismusprävention Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Bundeskriminalamt (Hrsg.) IZ32 – Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE), Wiesbaden.
- Hauß, S. et al. (2017). #NoG20 Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes. In *ipb working papers*. Berlin.
- Herschinger, E. (2018). Radikalisierung der Gesellschaft? Forschungsperspektiven und Handlungsoptionen. *PRIF Report 8/2018*. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) (Hrsg.) Frankfurt.
- Jaschke, H.-G. (2006). *Politischer Extremismus*, Wiesbaden.
- Lang, J. (2018). Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in Jesse, E. & Manneswitz, T. (Hrsg.). *Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft Praxis*. Baden-Baden.
- Leistner, A., Schau, K., Johansson, S. (2014). *Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ Berichtszeitraum 01.01.2011–31.12.2014*, Deutsches Jugendinstitut, München.
- Lützing, S., Gruber, F. (2017). *Extremismusprävention Deutschland – Herausforderungen und Optimierungspotential*. Bundeskriminalamt (Hrsg.) IZ32 – Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE), Wiesbaden.
- Mletzko, M. (2017). Trends und Besonderheiten links motivierter Gewaltdelikte. In *Kriminalistik 8–9/2017*, S. 511–516.
- Mletzko, M. (2010). Gewaltdelikte linker und rechter militanter Szenen. In *Aus Politik und Zeitgeschichte 44/2010*, S.9–16.
- Neu, V. & Pokorny, S. (2018). Extremistische Einstellungen und empirische Befunde. In Jesse, E. & Manneswitz, T. (Hrsg.). *Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Neu, V. (2012). *Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche. Auswertung einer qualitativen explorativen Studie*. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Sankt Augustin.
- Pfahl-Traugber, A. (2017). Autonomie und Gewalt. Das Gefahrenpotential im Linksextremismus. In *Aus Politik und Zeitgeschichte 32–33/2017 „Innere Sicherheit“*, S. 28–33.
- Pfahl-Traugber, A. (2014a). *Linksextremismus in Deutschland*. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden: Springer VS.
- Scharf, P. (2018). Radikaler Protest im Kontext des G20-Gipfels. In Institut für Demokratieforschung. *Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEX) 2–18*. Göttingen.
- Schroeder, K., Deutz-Schroeder, M. (2015). *Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie*. Frankfurt: Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Schuhmacher, N. (2015). Gewalt in der Antifa: Mythos und Realität. In *DJI Impulse 1/2015*.
- Siewert, N. (2018). *Linksextreme Gewalt und Linksterrorismus in Deutschland und Europa. Reale Gefahr oder bürgerliches Schreckgespenst?* Konrad-Adenauer-Stiftung. Analysen & Argumente Ausgabe 290. Februar 2018. Berlin.
- Srowig, F. et al. (2018). Radikalisierung von Individuen: Ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze. *PRIF Report 6/2018*. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) (Hrsg.). Frankfurt.
- Ullrich, P. (2018). *Eskalation. Dynamiken der Gewalt der G-20-Proteste in Hamburg 2017*. Berlin.
- van Hüllen, R. (2018). Politisch motivierter Extremismus in Deutschland. Wie gefährlich ist er? In *Politische Studien 477*, S. 35–48.
- van Hüllen, R. (2013). Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus – Eine kritische Zwischenbilanz zu einer schwierigen Materie. In Hirscher, G. & Jesse, E. (Hrsg.). *Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven*. Baden-Baden. S. 489–504.
- van Hüllen, R. (2012). *Definition und Dimension, Erscheinungsformen und Kernaussagen des Linksextremismus. Überlegungen zur Prävention von Linksextremismus (Teil 1)*. Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.
- Weilnböck, H., Uhlmann, M. (2018). *Thesen zu guter Praxis in der Extremismusprävention und in der Programmgestaltung*. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungpraevention/264235/20-the-sen-zu-guter-praxis> (letzter Zugriff: 15.05.2018).
- Ziercke, J. (2006). Lagebild extremistischer Kriminalität in Deutschland. In Egg, R. (Hrsg.). *Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention*. Wiesbaden: Kriminologische Zentralstelle.